

Sonderdruck  
aus  
DSW-Journal  
1/2021



# Kein gemeinsames Europa der Studierenden

## PANDEMIE-HILFEN

In einer globalen Pandemie national denken: Das gilt erst recht für die staatlichen Hilfen, die Europa für seine Studierenden auflegt. Der Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland zeigt auch: Die französischen Studierenden sind viel lauter.

### Eine Analyse von Jeannette Goddar

Als die Straßburger Politikstudentin an den Präsidenten schreibt, hält sie sich mit Vorreden nicht lange auf: „Monsieur le président“, fängt sie an, „ich bin 19 Jahre, und ich fühle mich tot (...). Alle meine Pläne fallen auseinander, und im gleichen Rhythmus meine psychische Verfassung.“ Unterzeichnet, in einem Zimmer, das „Arbeits- und Schlafzimmer, Ruheraum, Kino und Küche“ ist: „Heidi Soupault – eine wandelnde Leiche.“ Der offene Brief ging so viral, dass Staatspräsident Emmanuel Macron der Studentin antwortete: „Nein, es ist nicht leicht, 20 zu sein. Doch ich muss sie bitten, sich anzustrengen. Für ein paar weitere Wochen.“

Seit Beginn der Pandemie halten Studierende in Frankreich die Politik auf Trab. „Generation Covid“ oder „Precarité. Inégalité. Fraternité“ steht auf den Bannern, die sie nicht nur ins World Wide Web, sondern auch auf die Straßen tragen. Forderungen haben sie viele, ganz oben stehen die Rückkehr in die Hörsäle und finanzielle Hilfen. Unterstützt, auch wenn das etwas zynisch klingt, werden sie dabei von Bildern, wie man sie aus Deutschland gar nicht kennt: Längst nicht mehr nur französische Kamerateams zeigen immer wieder Studierende, die vor Sozialküchen für Reis und Nudeln anstehen.

Der Protest, an dessen vorderster Front die traditionell starken französischen Studierendengewerkschaften mitwirken, bleibt nicht ohne Wirkung. Bildungsministerin Frédérique Vidal ist nicht nur in sozialen Medien im Dauergespräch zur Lage an den Hochschulen; kurz nach dem Brief von Heidi Soupault setzte sich Präsident Macron in einen Sitzkreis von Studierenden. Sie würden nun wie Arbeitnehmer behandelt, versprach er, und hätten das

Recht auf einen Tag pro Woche in der Hochschule. Und: Jeder Studierende könnte sich ab sofort täglich zwei Essen für je einen Euro in der Mensa abholen.

### Studierenden-Gewerkschafter kontert Macron

Der stellvertretende Vorsitzende UNEF (Union nationale des étudiants) zeigte danach gleich einmal, was er rhetorisch so draufhat: „In Zeiten, in denen Studierende wieder zuhause wohnen, und die Universitätskantine nicht normal funktioniert, haben sie davon kaum etwas,“ konterte Helno Eyriey den Präsidenten in einem Radiointerview. Frankreichs größte Studierendengewerkschaft fordert ein Investitionspaket von 1,5 Milliarden Euro, in dem eine Erhöhung der „Bourse“ – des französischen Pendants zum deutschen BAföG – ebenso enthalten ist wie 100.000 Stipendien für ausländische Studierende und 60.000 Studierendenwohnungen unter Ägide der „Crous“. Die „Centres régionaux des œuvres universitaires et scolaires“, kurz Crous, erfüllen in Frankreich ähnliche Aufgaben wie die deutschen Studierendenwerke. Ihre Dachorganisation, vergleichbar dem Deutschen Studentenwerk, ist das Crous, das „Centre National des œuvres universitaires et scolaires“, mit einem „n“ für „national.“

Fragt man Crous-Präsidentin Dominique Marchand, klingt ihre Bewertung der französischen Pandemie-Hilfe für Studierende deutlich positiver. „Die Regierung hat sehr schnell reagiert“, erklärt sie. So sei etwa Studierenden, die ihre Wohnheimzimmer gegen ihre Elternhäuser tauschen wollten, schon im März 2020 die Miete erlassen worden. Auch der viel thematisierten „Prekarität“ der französischen Studierenden sei auf



“

**Wir treten mit Nachdruck für mehr Einheitlichkeit in Europa ein.** Doch vielleicht entscheidender ist, dass soziale wie nationale Herkunft aktuell noch mehr über Bildungschancen entscheiden als zuvor

Martina Darmanin, Präsidentin der European Students Union (ESU)

vielen Wegen begegnet worden, unter anderem mit einer 1,2-prozentigen Erhöhung der „Bourse“.

### Frankreichs Studierenden-Hilfen sind vielfältiger

Was macht Frankreich bei den Pandemie-Hilfen für Studierende anders als Deutschland? Sicher ist: Mehr Kreativität und Vielfalt sind in Frankreich am Werk; nur in zwei der zurückliegenden zwölf Monate gab es keine zusätzliche Hilfe. Das Repertoire reicht von einem 56-Millionen-Euro-Notfallfonds zur Unterstützung finanziell schwächer Studierender bis zu Gratis-Damenbinden, von dem besagten Recht auf Auszug nebst Garantie auf Wiedereinzug bis zu allerdings bis Mitte März 2021 noch nicht ausgezahlten - 150-Euro-Einmalhilfen. Auf wie viel Euro sich all das summiert, sei ihr nicht bekannt, so Marchand. Doch über weitere adäquate Maßnahmen stehe man „in engem und ständigem Austausch“ mit der Regierung.

„Vor Corona“ - ja, das scheint lange her - war die Lage der Studierenden diesseits und jenseits des Rheins in vielem vergleichbar, bei einer größeren Gruppe in Existenznot auf der französischen Seite. Laut der ständigen nationalen Studierendenbefragung „Observatoire de la vie étudiante“ (OVE) hatte mehr als ein Viertel (26 Prozent) nicht die finanziellen Mittel,

**»Bei der Unterstützung von Studierenden stand ein in der Pandemiebekämpfung sonst gern beschworener gemeinsamer europäischer Weg ganz augenscheinlich nicht zur Debatte«**

um den monatlichen Bedarf zu decken; in Deutschland gaben das auf eine ähnliche Frage in der jüngsten, 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (2016) 18 Prozent an. Andererseits arbeiten hiesige Studierende weit häufiger als jene in Frankreich; und wo es mehr Jobs gab, konnten in der Pan-



Heidi Soupault

„Monsieur le Président, ich bin 19 Jahre, und ich fühle mich tot (...). Alle meine Pläne fallen auseinander, und im gleichen Rhythmus meine psychische Verfassung“

Die Studentin Heidi Soupault im Januar 2021 in einem Brief an Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron; unterzeichnet mit „eine lebende Tote“

demie auch mehr verlorengehen. In der Befragung „Studieren in Zeiten der Corona-Pandemie“ des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) berichteten im Sommer 2020 vier von zehn Studierende von einer erschwerteren Erwerbslage. Mehr als jeder zehnte (11 Prozent) konnte sich nicht vorstellen, das Studium ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung fortzusetzen. Das bedeutet: Bei nahezu drei Millionen Studierenden sind rund 300.000 junge Menschen auf ihrem Weg zu einem akademischen Abschluss dringend auf Hilfe angewiesen.

### Deutscher Dreiklang: BAföG, KfW-Studienkredit, Überbrückungshilfe

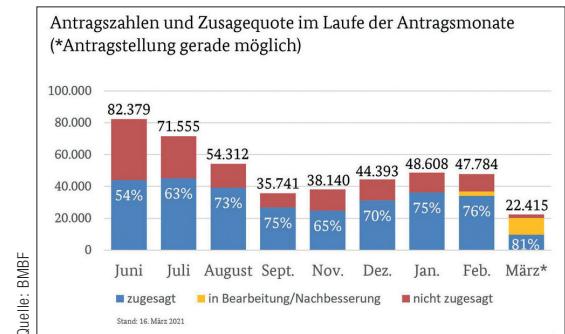
Ihnen offen steht ein Bundes-Hilfspaket, das auch ein Jahr in der Pandemie aus dem Dreiklang BAföG, KfW-Studienkredit, Überbrückungshilfe besteht - und das kaum als angemessen bezeichnet werden kann. Das Recht auf BAföG wurde über zusätzliche Regelstudiensemester zwar verlängert, nicht aber erhöht; damit hilft es jenen, die mehr Geld benötigen, kaum. Für den seit Längerem bestehenden KfW-Studienkredit übernimmt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bis Ende 2021 die Zinsen. Was nicht sonderlich attraktiv klingt - schließlich werden ab 2022 wieder rund vier Prozent Zinsen fällig. Trotzdem wurde er von den Studierenden durchaus als Rettungsring ergriffen. Schon vor Beginn des Wintersemesters 2020/2021 verzeichnete die Kreditanstalt für Wiederaufbau fünfmal so viele Anträge wie zum gleichen Zeitpunkt 2019.

So richtig neu im Repertoire des BMBF ist nur die Überbrückungshilfe. Ihre Zielgruppe sind Studierende in akuter, „pandemiebedingter Notlage“, umgesetzt über die 57 im Deutschen Studentenwerk (DSW) zusammengeschlossenen Studenten- und Studierendenwerke, nunmehr verlängert bis zum Ende des Sommersemesters 2021, also bis Ende September 2021. Ein Blick in die DSW-Statistik zeigt: Die Zahl der monatlich eingehenden Anträge scheint sich seit Dezember 2020 bei einer Spanne zwischen 45.000 und 50.000 Anträgen einzupendeln.

Die Regeln bei der BMBF-Überbrückungshilfe: Jeden Monat muss ein Kontostand von unter 500 Euro sowie der Grund für die pandemiebedingte Notlage nachgewiesen werden. Nur wer noch weniger als 100 Euro hat, erhält dann 500 Euro; wer noch mehr als 400 hat, bekommt 100. „Wer arm ist, bleibt arm“, kommentiert Ronja Hesse trocken, sie ist Vorstandsmitglied der europäischen Studierendenorganisation „European Students Union“ (ESU), und eine der Bezieherinnen der Überbrückungshilfe. Richtig ist allerdings auch: Es geht noch eine Spur härter. In Österreich, wo es einen ähnlichen „Härtefonds“ gibt,

Foto: Privat | PHOTO STEPHANE MORTAGNE LA VOIX DU NORD - VONPOR

Foto: picture alliance | Privat



fragt das Formular außer nach der eigenen finanziellen Lage nach Beruf und Einkommen beider Elternteile, und von Partner oder Partnerin.

### Kein „europäischer Weg“ bei Pandemie-Hilfe für Studierende

Der Vergleich zwischen Österreich und Deutschland zeigt allerdings noch etwas: einen ähnlichen Ansatz, bei einem weiteren Umherschauen in Europa mehr Ausnahme als Regel. Bei der Unterstützung von Studierenden stand ein in der Pandemiebekämpfung sonst gern beschworener gemeinsamer europäischer Weg ganz augenscheinlich nicht zur Debatte. Und auch wenn die Studienfördersysteme in Europa höchst unterschiedlich sind, ähnelt sich ja vieles, der massive Wegfall von Nebenjobs zum Beispiel. Ein Strategiepapier hätte die Europäische Kommission also gut veröffentlichen können. „Doch leider ist das einzige, was es gibt, Handreichungen zur Digitalisierung“, erklärt Martina Darmanin, Präsidentin der ESU mit Sitz in Brüssel.

So macht jedes Land in Europa es anders, oft nicht einmal im Einklang mit der regulären Studienfinanzierung. Die Niederlande, zuletzt auf ein nahezu vollständiges Darlehensmodell umgestiegen, verteilen, wenn dies ausläuft, nun doch wieder Zuschüsse, in Höhe von 800 bis 1500 Euro. Dänemark, Vorbildland für elternunabhängige Stipendien, bietet in der Pandemie vor allem den Rückgriff auf Kredite. Was das heißt, teilt das dänische Hochschulministerium unmissverständlich mit: „Wenn Sie einen Kredit beantragen, müssen Sie ihn womöglich über Jahre zurückzahlen“.

### Bunter Föderalismus, Proteste und Mietstreiks in UK

Besonders bunt ist die Lage in Staaten mit starken Regionen, von denen manche den deutschen Föderalismus noch in den Schatten stellen. In Belgien, wo Flandern und Wallonien sich im Zuge der Bologna-Reform nicht einmal auf eine gemeinsame Regelstu-

dienzeit einigten, installierten nun allein die flämischen Universitäten ein Bewertungssystem, das Studienergebnisse aus den Vorjahren stärker berücksichtigt. In Italien bekamen alle Bezieher von

»UK: Die angebliche Party-Generation ist eine Stubenhocker-Generation. Mehr als jeder fünfte Studierende hatte binnen sieben Tagen das Haus nicht verlassen, mehr als in der Gesamtbevölkerung«

Studienförderung Extrapunkte, was in dem dortigen System mehr Euro pro Monat bedeutet; Südtirol legte im Alleingang eine Einmalzahlung oben drauf.

Ein Paradebeispiel für das Walten freier Bildungskräfte bietet Großbritannien, bis vor Kurzem noch EU-Mitglied. Die Pandemie war kaum ausgebrochen, da protestierten Studierende schon dagegen, mehr als 10.000 Euro Jahres-Studiengebühren plus 600 Euro Monatsmiete für einen nur digital geöffneten Campus zu zahlen. Die Hochschulen, sowohl für das - kaum ausgebaut - studentische Wohnen zuständig wie eben auch Empfängerinnen der Gebühren, rechneten sogleich vor, ihnen seien die Hände gebunden: Laut einer von der britischen Dozierenden-Gewerkschaft „Universities and Colleges Union“ beauftragten Studie drohten schon im April 2020 2,5 Milliarden Pfund (nahezu 3 Milliarden Euro) Einbußen, und der Verlust von 30.000 Arbeitsplätzen. Der Grund: Bei geschlossenen Grenzen kommen all jene Studierenden nicht ins Land, die nicht nur 10.000, sondern bis zu 30.000 Euro im Jahr für einen Studienplatz zahlen.

Und die Regierung? Die focht all das erst an, als die britische B-117-Coronavirus-Variante das Land kurz vor Weihnachten 2020 in erneuten Stillstand versetzte, und immer mehr Studierende zu Mietstreiks und Besetzungen griffen. Inzwischen flossen 70 Millionen Pfund (81,5 Millionen Euro) an die Hochschulen, vor



Emmanuel Macron

„Nein, es ist nicht leicht, 20 zu sein. Doch auch wenn ich Ihren Zorn verstehe, liebe Heidi (...), bitte ich Sie, sich anzustrengen. Für ein paar weitere Wochen“

Emmanuel Macron in seinem Antwortbrief an Heidi Soupault, ebenfalls im Januar 2021

“

**Wir sind durchaus besorgt, ob Studierende die Universität bei der Wiedereröffnung nutzen werden -**

**oder ob eine Generation entsteht, die nicht lernt, die Universität so zu nutzen, wie sie eigentlich sollte**



Kevin Olesen, Studierendenvertreter an der Universität Kopenhagen



“

**Studium, akademisches Lernen - das braucht Debatte, Dialog, Austausch.** Digitale Kommunikation kann das nur zum Teil leisten. In Zeiten finanziellen Drucks besteht immer das Risiko, dass menschliche Begegnung eingespart wird

Ronja Hesse, Vorstandsmitglied der European Students Union

allem, um sie an die bedürftigsten Studierenden weiterzuleiten. Weiterhin fordert eine Studierenden-Petition mit einer halben Million Unterschriften, die Studiengebühren von 9.250 auf 3.000 Pfund zu senken - nicht für immer, nur in diesem Jahr.

#### **„Soziale und nationale Herkunft entscheidet über Chancen“**

Frage man die „European Universities Association“ (EUA), die europaweit 800 Hochschulen vertritt, spricht man dort ein wahres Wort: „Ein klarer Trend lässt sich nicht erkennen“. Allerdings, fügt Tia Loukkola, Direktorin für institutionelle Entwicklung, hinzu, sei auch die „Lage der Studierenden wie der Institutionen“ höchst unterschiedlich. Und: „Die Lage war nicht einfach.“ Zudem weist die Hochschulvereinigung, in trauter Einigkeit mit den europäischen Studierendenvertretungen, darauf hin, dass die Grenzen nicht nur zwischen den Staaten verlaufen. Loukkola: „Man könnte argumentieren, dass Studierende mit finanziellen Herausforderungen, schwierigen Hintergründen oder Schwierigkeiten im Studium am meisten leiden“. ESU-Präsidentin Martina Darmanin: „Wir treten mit Nachdruck für mehr Einheitlichkeit in Europa ein. Doch vielleicht entscheidender ist, dass soziale wie nationale Herkunft noch stärker über Chancen entscheiden als zuvor. Dem gilt es entgegenzuwirken.“

Wie sehr Distanzlernen Schülerinnen und Schüler je nach Herkunft privilegiert oder diskriminiert, wird seit Monaten diskutiert. An den Hochschulen ist es um das im Grunde gleiche Thema eher still; dabei lernt es sich in beengten Wohnverhältnissen, bei schlechter digitaler Ausstattung, dafür mit vielen finanziellen Sorgen auch dort nicht gut. Hinzu kommt: „Auch der akademische Habitus lässt sich online schlechter lernen“, so formulierte es die Erziehungs-



**Dominique Marchand**

„Die Regierung hat sehr schnell reagiert. Schon im März 2020 gab es Not hilfe, die ermöglichte, dass Studierenden, die zurück zu ihren Familien ziehen wollten, die Miete in den Studierendenwohnheimen erlassen wurde.“

Dominique Marchand, Präsidentin der französischen Studierendenwerks-Zentrale Cnous

wissenschaftlerin Anna Traus Ende 2020 bei einer Konferenz der Initiative Arbeiterkind.de.

#### **„Deutsche Überbrückungshilfe international einzigartig“**

Kommt eine andere nationale Herkunft ins Spiel, verschärft sich die Lage oft noch: Angesichts von Einreise- und Quarantänebestimmungen können zahllose ausländische Studierende weltweit seit bald einem Jahr kaum vor noch zurück; auch von den Not hilfen werden sie in vielen Ländern nicht erreicht. Die deutsche Überbrückungshilfe sei da „im internationalen Vergleich einzigartig“, erklärt DSW-Generalsekretär Achim auf der Heyde. Wie wichtig das ist, macht ein Blick in die DZHW-Befragung vom Sommer 2020 deutlich. Studierende ohne deutschen Schulabschluss gaben doppelt so häufig an, zusätzliche Unterstützung zu benötigen. Unter all dem leidet auch die psychische Verfassung, darauf machte der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) im März 2021 aufmerksam. Nach einem Treffen mit Hochschulleitungen erklärte Präsident Joybrato Mukherjee: „Sie berichten von Studierenden, die unter dem Wegfall der sozialen Kontakte leiden, die vermehrt in den Beratungsstellen der Hochschulen auflaufen und die mit Blick auf ein erwartbar digitales Sommersemester 2021 wenig Licht am Ende des Tunnels sehen.“

#### **Frankreich: Die Hälfte leidet unter Einsamkeit und Isolation**

Mehr Licht, weniger Tunnel könnten indes alle Studierenden gut gebrauchen. Laut einer Covid-Befragung des französischen „Observatoire de la vie étudiante“ (OVE) „leidet jeder zweite Studierende in Frankreich unter Einsamkeit und Isolation. Europaweit kommen zahlreiche kleinere Studien zu ähnlichen Ergebnissen. Von der ETH Zürich liegt eine Verlaufsstudie vor, die bereits in den Vorjahren Studierende befragt hatte; sie maß 2020 mehr Depressionen, mehr Angstzustände, mehr Stress. Und eine Umfrage des Nationalen Statistikbüros in Großbritannien (ONS) stellte fest: Die angebliche Party-Generation ist in bedenklichem Maße eine Stubenhocker-Generation. Mehr als jeder fünfte Studierende hatte binnen sieben Tagen das Haus nicht verlassen, mehr als in der Gesamtbevölkerung.

#### **Kostenlose psychologische Beratung in Polen und Frankreich**

Mit der Finanzierung von 20.000 zusätzlichen Tutorienstellen in den Hochschulen und 1.200 in den Crous-Wohnheimen dürfte Frankreich hier ein wichtiger Schritt geglückt sein. „Wer dort ein Zimmer hat, wird jeden Tag kontaktiert“, erklärt Cnous-

Fotos: Privat

Präsidentin Marchand, „die Tutoren organisieren auch soziale Aktivitäten, die unter Pandemiebedingungen möglich sind“. Wer psychologischer Betreuung bedarf, kann zudem mithilfe eines Gutscheins kostenlos einen Psychologen seiner Wahl besuchen. In Polen, einem nicht gerade wohlhabenden EU-Staat, stellte das landesweite Studentenparlament (PSRP) mit Unterstützung der Regierung das Projekt „Komfortzone mit PSRP“ auf die Beine. „Jeden Monat können sich Studierende wie Wissenschaftler online für eine kostenlose 30-minütige Besprechung mit einem Psychologen anmelden“, berichtet der stellvertretende Sprecher Jakub Persjanow.

In Deutschland wollte der FDP-Bundestagsabgeordnete Jens Brandenburg in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung ermitteln, wie es um psychische Lage und psychologische Hilfen für Studierende bestellt ist. Die Antwort, gegeben am 15. Februar 2021, also mitten im Shutdown, lässt im Grunde keine Reaktion auf die Pandemie erkennen: „Die Finanzierung der psychologischen Beratungsstellen der Studenten- und Studierendenwerke erfolgt in der Regel aus Studienbeiträgen und ohne öffentliche Förderung“, heißt es darin. Das Deutsche Studentenwerk indes fordert bereits seit 2019 „dringend“ „angemessene finanzielle Unterstützung“ für Sozial- und Psychologische Beratung. In Folge arbeiten alle einschlägigen Initiativen mit Mitteln, von denen es ohnehin schon zu wenige gibt: Das Studierendenwerk Heidelberg etwa hat ein „Referat gegen Einsamkeit“ ins Leben gerufen; das Studentenwerk Chemnitz-Zwickau bietet psychologische Beratung „beim Spaziergang“, viele weiteren Studierendenwerke bieten psychologische Beratung als Videosprechstunde an.

#### **Bald drei Online-Semester ...**

Zu ergründen, warum Studierende in der Pandemie einsam und depressiv sind, dürfte weiterführen als in sauerstoffarme Hörsäle und überfüllte Veranstaltungen - zu einem ganz generell fehlenden, altersgerechten Miteinander, und dem, was das in einer für die Ausbildung der eigenen Identität wichtigen Phase bedeutet. Dennoch fällt auf: Die Rückkehr zum Präsenzlernen steht allerorten oben auf der Liste von Studierenden. „Studium, akademisches Lernen - das braucht Debatte, Dialog, Austausch. Digitale Kommunikation kann das nur zum Teil leisten“, konstatiert Ronja Hesse. All das braucht allerdings auch Studierende, die das wissen, und kennen. Wird das noch so sein, wenn das bald startende dritte Online-Semester vorbei ist, das ist immerhin ein halber Bachelor? Er sei „durchaus besorgt“, dass eine Generation entsteht, die gar nicht lernt, die Universität so zu nutzen, wie sie eigentlich sollte“, sagt Kevin Olesen, Studierendenvertreter an der Universität Kopenhagen. Eine Frage, die noch lauter im Raum steht: Werden sich Regierungen das Lernen vor Ort künftig so

DSW JOURNAL 1/2021

“

Man könnte argumentieren, dass die Covid-19-Krise bestehende Merkmale noch sichtbarer gemacht hat: **Diejenigen mit finanziellen Herausforderungen, schwierigen Hintergründen oder Schwierigkeiten beim Fortschreiten ihrer Studien haben am meisten gelitten**

Tia Loukkola, Direktorin für institutionelle Entwicklung, European Universities Association (EUA)

leisten wie zuvor? Schon in Deutschland sind die Eindrücke gemischt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärte bei einem Online-Gespräch mit Studierenden Ende Januar 2021, für Ideen und Motivation brauche es „Menschen um sich herum; das haben Sie im Augenblick nur in beschränktem Maße“. Eine Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die im März 2021 die einschlägige Bund-Länder-Runde verstreichen ließ, bevor sie „wo möglich zumindest teilweise und differenziert“ die Rückkehr in einen sicheren Präsenzbetrieb fordert, macht da schon weniger Mut.

Und anderenorts werden längst andere Töne angeschlagen: In Großbritannien antwortete bereits jeder dritte Lehrende in einer Umfrage, Vorlesungen gern weiter online abhalten zu wollen; es braucht kaum seherische Fähigkeiten, sich Sparpotenzial auszumalen. Und in Australien, wo zahlungskräftige Studierende weite Teile der Hochschulfinanzierung stemmen, stellte sich der frisch ernannte Bildungsminister im Februar 2021 mit ganz neuen Vorschlägen zur Mitteleinwerbung vor. Internationale Studierende seien „sehr wichtig gewesen“, eröffnete Alan Tudge seinen Zuhörer/-innen an der Universität Melbourne. Nun aber seien „mutige Ideen“ für die Zukunft gesucht, das Ziel: Die „Kommerzialisierung universitärer Forschung“. Solche Töne von „Down under“ sollten einen in einer globalen Hochschulwelt aufhorchen lassen.

**DIE AUTORIN**  
Jeannette Goddar arbeitet als freie Journalistin in Berlin und München, vor allem zu Themen aus Bildung und Wissenschaft. Bei der Recherche zu diesem Beitrag schien ihr der europäische Hochschulraum in weiterer Ferne als je zuvor - hoffentlich nur pandemiebedingt.  
[www.journalistenetage.de/jeannette-goddar](http://www.journalistenetage.de/jeannette-goddar)



DSW JOURNAL 1/2021

17